

Beirat Mitte

Protokoll der Sitzung am 2.2.2013

- unbestätigt –

Anwesend waren
vom Beirat

Dr. Michael Rüppel

Dr. Henrike Müller

Joachim Musch

Jürgen Schierholz

Jan Cassalette

Birgit Olbrich

Holger Ilgner

Viola Mull

Dirk Paulmann

Siegfried Wegner-Kärsten

vom Ortsamt

Robert Bücking

Andrea Freudenberg

- Vorsitz

- Protokoll

Gäste

Frau Prof. Dr. Reuther, Frau Weiskopf,

Herr Imholze

Senatsressort Umwelt, Bau und Verkehr

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Tagesordnung

1. Aktuelles - Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

2. Innenstadtkonzept 2025 und Bahnhofsvorstadt

3. Verschiedenes

TOP 1

Bebauung Bahnhofsplatz

Der Beirat nimmt Stellung zu den Verhandlungen des Bauressorts mit den Investoren am Bahnhofsplatz über die Anmietung von Büroflächen.

Der vorliegende Textentwurf wird mit 9 ja-Stimmen bei 1 nein-Stimme beschlossen:

Stellungnahme des Beirats Mitte zu den Verhandlungen des Bauressorts mit den Investoren am Bahnhofsplatz über die Anmietung von Büroflächen

Am Freitag letzter Woche stand im Weser-Kurier, dass das Bauressort mit den Investoren für die neuen Häuser am Bahnhofsplatz über die Anmietung von Büroflächen für 230 Mitarbeiter in Verhandlung sei.

Auf Nachfrage haben wir erfahren, dass auch noch andere Standorte in der Diskussion sind.

Keine Frage; es ist allein Sache des Bausenators und keine Angelegenheit der Ortspolitik darüber zu entscheiden, wo das Ressort untergebracht werden soll, wenn der Lloydhof wegen anderer Pläne geräumt werden muss. Weil der Beirat nun aber bei den Entscheidungen über die Bebauung des Investoren Grundstücks am Rande des Bahnhofsplatz ziemlich engagiert war und weil die Ortspolitik im Streit um diese Entscheidung einiges aushalten muss, möchten wir zu der Debatte um das Für und Wider dieser Verhandlungen Stellung nehmen.

Auf der heutigen Beiratssitzung beraten wir auch über das Innenstadtkonzept. Ein Gesichtspunkt dabei: Die Innenstadt verliert an Bedeutung als Standort für Unternehmen und (Büro) Arbeitsplätze. Etliche Bürohäuser stehen leer und müssen

dringend modernisiert oder mit nicht geringem Aufwand zu Wohnhäusern umgebaut werden. Mit der Investition am Bahn­hofsplatz mit einem Volumen von fast 100 Mio. € verbindet sich (auch) die Hoffnung, dass hier Arbeitsplätze entstehen und Wertschöpfung organisiert wird. Die Investoren haben immer erklärt, dass sie sich das zutrauen. Sie haben das Grundstück gekauft und den Bauantrag fertiggestellt, bezahlt und abgeholt. Es gibt trotz der bedauerlichen Verzögerungen nicht den geringsten Anlass an diesem Weg zu zweifeln.

Der Öffentliche Dienst ist ein bequemer und lukrativer Mieter. Und dass die Investoren hier Interesse zeigen ist leicht zu verstehen. Das Bauressort aber sollte sich mehr vornehmen. Gerade weil die öffentlichen Mittel für die Stadtentwicklung knapp sind, ist es umso dringender, durch eine kluge Standortwahl für die 4000 qm Bürofläche Stadtentwicklung dort voranzutreiben, wo dies schwierig ist, aber eine große Wirkung entfaltet. Wenn man einen Hebel hat, sollte man ihn auch nutzen.

Vor Beschlussfassung wird von Herrn Dietrich mitgeteilt, dass die Nutzung für den Neubau so umgesetzt werde wie seinerzeit im Beirat vorgestellt:

Das Management für die Tiefgarage werde durch die Brepark übernommen.

Das Basement mit einem Einkaufsmarkt von 5000 m² sei vermietet

Im Erdgeschoss seien die Läden vermietet

1. Obergeschoss - Restaurant geplant- Flächen teilweise vermietet,

in den darüber liegenden 2 Etagen werden Arztpraxen eingerichtet und das

3. Obergeschoss: in dem einen Gebäudeteil sei von Anfang an Büronutzung vorgesehen, während im anderen Gebäude ein Hotel entstehen werde.

Der gesamte Komplex sei bereits zu 70 % vermietet.

TOP 2

Frau Dr. Reuther stellt im Beirat den aktuellen Stand des Innenstadtkonzeptes vor.

Dabei geht sie auf drei Punkte besonders ein:

- die Einzelhandelsentwicklung - Beispiel Ansgari-Quartier,
- den Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort - Beispiel Neubau Landesbank, Investorengrundstück
- Attraktive Wohnquartiere - Beispiel Stephani und Abbentor

In der anschließenden Diskussion wird vom Beirat Wert darauf gelegt, dass vordringlich an der Entwicklung der Bahnhofsvorstadt gearbeitet werde und der Rembertikreisel und die Umgebung mit einbezogen werden. Seit langem setzte sich der Beirat dafür ein, dass der Verkehr, der bisher über die Hochstraße gehe, ebenerdig geleitet werde und in dem Zusammenhang der Rembertikreisel umstrukturiert werde.

Besonders in dem Quartier rund um das Arbeitsamt müsse etwas getan werden. Im Doventor seien sehr viele Wohnungen und die Bewohner dort seien starkem Verkehrslärm ausgesetzt. Auf die Stadt kommen viele Herausforderungen, wie der demographische Wandel, die Altersarmut, ein sich änderndes Verkehrsverhalten und der Klimawandel. Ansätze dazu fehlen in dem Innenstadtkonzept. Es müssen Projekte entwickelt werden, die diese Aspekte mit aufnehmen.

Auch die Verbindungen zu den anderen Stadtteilen, wie Neustadt und den Bremer Westen müssen in dem Konzept stärker berücksichtigt werden.

Frau Dr. Reuther stellt in einer Skizze vor, welche Schwerpunkte das Bauressort in der Bahnhofsvorstadt ausgemacht habe. Dazu gehören der Doventorsbereich, das Alte Postamt 5, der Rembertikreisel und das Quartier am Breitenweg, sowie Querverbindungen vom Bahnhofsviertel in das Ostertor- Rembertiviertel und die Innenstadt.

Für das Postamt 5 gebe es die Idee Wohnungen für Studenten zu schaffen.

Der Rembertikreisel sei in der Vergangenheit wegen der Hochstraße nicht angerührt worden.

Für den Straßenverkehr entwickle das Ressort gerade einen eigenen Plan, da es im Innenstadtkonzept um städtebauliche Entwicklungen ginge.

Zum Wohnen in der Innenstadt wird von Frau Dr. Reuther und Frau Weiskopf mitgeteilt, dass der vorliegende Bebauungsplan für die Altstadt überarbeitet werden solle. Der Bereich Am Wall östlich vom Herdentor soll für Wohnnutzungen geöffnet werden, genauso wie der südliche Teil der Innenstadt in Richtung Weser. Im Januar 2014 werde es dazu eine Anwohnersammlung geben, wo die Interessen und Meinungen aus der Bevölkerung erfragt werden.

Der vorliegende Beschlusstext wird vom Beirat einstimmig beschlossen:

Innenstadtkonzept 2025

Der Beirat Mitte hat die Erarbeitung des Innenstadtkonzepts intensiv begleitet und in diesem Zusammenhang eine Reihe von Beschlüssen und Diskussionsbeiträge verfasst, die in der Anlage noch einmal dokumentiert werden.

Der Beirat hält das nun vorliegende Konzept für einen guten Rahmen für die weitere Arbeit an der Entwicklung dieses Stadtraums und stimmt dem zu. Die im Innenstadtkonzept beschriebenen Maßnahmen bedürfen selbstverständlich noch der weiteren Beratung und Ausarbeitung. Der Beirat legt deshalb Wert auf die Feststellung, dass die Zustimmung zum Innenstadtkonzept kein Vorgriff auf die Zustimmung zu darin genannten Einzelmaßnahmen sein kann.

Zum Innenstadtkonzept ist allgemein festzuhalten:

1. Ein Grundproblem des Konzepts kann niemand ignorieren: Die meisten der besonders überzeugenden Vorschläge (Fußgängerbrücke über die Weser, Umbau der Balgebrückstraße, Neuordnung der Violentstraße, Einbau eines Mittelstreifens in die Martinstraße, Abriss des Fly-Overs über die AOK-Kreuzung, Neuordnung der Bahnhofstraße, Neuordnung des Rembertikreisels usw.) sind ohne bremsches oder EU-Geld nicht realisierbar. Was also aus diesen Projekten wird, was sich durchsetzt und was zurückgestellt wird, ist noch auszuhandeln. Dafür braucht es geeignete Formen und starke Bündnispartner.
2. Es ist deutlich erkennbar, dass bestimmte Aussagen im Innenstadtkonzept nur angedeutet oder gar ausgeklammert werden. Exemplarisch sei das Thema Hochstraße Breitenweg / Bahnhofsvorstadt erwähnt, oder das Thema einer zukünftigen Bedeutung der Innenstadt als Büroflächenstandort angesichts der Angebote in der Überseestadt. Auch über die Chancen, den Flächenanteil des Innenstadthandels an der Gesamtfläche des Handels in der Stadt über die beklagenswerten 16% zu steigern, ließe sich angesichts der bekannten Planungen lange diskutieren. Und schließlich sind die Abschnitte über das Thema Klimaschutz und Klimaanpassung von geradezu diplomatischer Zurückhaltung. Mit anderen Worten: Nach dem Innenstadtkonzept ist vor dem Innenstadtkonzept, es gibt noch viel zu klären.
3. Wie man aus den angefügten früheren Beschlüssen und Beiträgen des Beirats entnehmen kann, ist für die Ortspolitik das Thema **Entwicklung der Bahnhofsvorstadt / Remberti** absolut vordringlich. Hier ist der Problemdruck groß, die Stadt ist konzeptionell im Rückstand und es fehlt an Projekten, die in nächster Zukunft ihre Wirksamkeit entfalten. Dies ist auch ein Punkt, an dem der Beirat ausdrücklich um eine Ergänzung des Innenstadtkonzepts bittet. Der Beirat spricht sich dafür aus, den Stadtraum zwischen Oldenburger Bahn im Westen und Eduard-Grunow-Str. / Remberti im Osten, den Wallanlagen im Süden und der Bahn und dem Hauptbahnhof im Norden zu einem Vertiefungsbereich mit drei Entwicklungsbereichen zusammen zu fassen. Zu den schon vorgesehenen zwei Entwicklungsbereichen (Herdentorviertel/Breitenweg und Remberti) soll ein dritter, der das Bundeswehrhochhaus, den Güterbahnhof und Teile der Plantage umfasst, hinzukommen. Auf diese Weise wird das bedeutsame Thema "Flächen- und Immobilien-Konversion", das Thema „neue Akteure im Innenstadtbereich“, sowie das Thema

„Verbindungen mit den benachbarten Stadtteilen“ (insbesondere Findorff) deutlicher herausgestellt.

Um den Rückstand in der Bahnhofsvorstadt aufzuholen, müssen Ressourcen und die Planungs- und Managementkapazitäten der Verwaltung auf geeignete Weise konzentriert werden. Wir müssen gemeinsam ein Zukunftsbild erarbeiten und es braucht eine große Kooperation mit allen Akteuren, die zur Entwicklung dieses Stadtraums beitragen können.

Aus den angefügten Beschlüssen möchte der Beirat folgende Punkte hervorheben:

1. Die Bahnhofsvorstadt kann nur dann ihre Rolle als starkes Quartier zwischen Altstadt kern und den benachbarten Stadtteilen im Westen, Norden und Osten finden, wenn es gelingt, das Problem der Hochstraße zu lösen und den Verkehr stadtverträglich zu ordnen. Als ersten Schritt fordert der Beirat (neben der im Zusammenhang mit dem VEP geforderten Untersuchung zu einer ebenerdigen Organisation des Breitenwegs) eine Machbarkeitsstudie für eine Bebauung des Stadtraums zwischen Remberti- und Osterortviertel. Bekanntlich ist der letzte Anlauf zu diesem Thema an den zu erwartenden Konzentrationen von Luftschadstoffen gescheitert.
2. Es ist sehr sinnvoll, die Bebauungspläne unter dem Gesichtspunkt einer Erweiterung der Spielräume für das Wohnen zu überarbeiten. Es ist zwar sinnvoll, Standorte für neues (meist nicht gerade billiges) Wohnen zu suchen und zu entwickeln. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch die Stabilisierung und Verbesserung der Wohnquartiere aus den fünfziger und sechziger Jahren, die unter Lärm, schlechter Bausubstanz und zugebauten / zugeparkten Innenbereichen leiden (Umgebung Falkenstraße). Die innere Stadt gehört gerade zu den Bereichen von Bremen, die bis heute von allen Schichten und Klassen bewohnt und genutzt werden. Damit leistet sie viel für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft.
3. Der Beirat spricht sich dafür aus, das Thema Klimaschutz und Klimaanpassung gerade im Bereich der inneren Stadt sehr viel systematischer und ambitionierter anzugehen. Auch hier hält er es für richtig, ein Gesamtkonzept mit konkreten Maßnahmen zu entwickeln, das Auskunft darüber gibt, wie Bremen sich dieser Aufgabe stellen will.

Im Zusammenhang mit dem Innenstadtkonzept wurde vom Beirat eine Reihe von Beschlüssen verfasst, die in der Anlage dokumentiert werden:

Das neue Innenstadtkonzept Beschluss des Beirats Mitte vom 26.10.2012

Noch ist das Innenstadtkonzept nicht fertig ausgearbeitet. Die Ortspolitik möchte aber zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einige Projekte und Argumente zu Papier bringen, die aus der Perspektive der Beiräte eine Rolle im neuen Innenstadtkonzept spielen sollten. Wer wohnt und arbeitet in der Innenstadt, wer nutzt die Innenstadt im Alltag, wer besucht die Innenstadt und wer macht dort Geschäfte? Wie verändert sich die Innenstadt und was hat das für Folgen für die Bürgerinnen und Bürger?

Die Ortspolitik spricht sich dafür aus, die alten und die neuen Akteure in den Blick zu nehmen, die die Innenstadt prägen, und ein Konzept für die Innenstadt zu entwerfen, das auf eine Auseinandersetzung mit diesen Akteuren angelegt ist.

A) Einiges ist anders im neuen Innenstadtkonzept. Es geht vor allem nicht mehr nur um das kommerzielle Zentrum zwischen Wall und Weser, sondern um einen deutlich größeren Stadtraum, der die Übergänge / Eingänge in die benachbarten Quartiere mit umfasst und als großes Potential deutet. Es geht also um den Sprung über die Weser in die Alte Neustadt

und die Verknüpfungen in die Überseestadt, nach Walle und Findorff, nach Schwachhausen (Barkhof und Geteviertel) und ins Ostertor.

Mit dieser Erweiterung ist auch die innere Differenzierung des Themas in Gang gekommen. Über die Einzelhandelsflächen und die Erreichbarkeit der City hinaus rücken nunmehr insbesondere die Themen Wohnen, Arbeiten, Unternehmen, Wissenschaft, Kultur, Freizeit und Touristik in den Focus der Politik. Diese Themen berühren alle Politikfelder und sehr viele Bremerinnen und Bremer in ihren elementaren alltäglichen Interessen.

B) Die Innere Stadt ist ein besonderer Ort. Was das Zentrum von vielen Stadtteilen unterscheidet, sind Zentralität, Differenzierung, Vernetzung, Öffentlichkeit, Heterogenität und Repräsentation. Kein anderer Stadtraum vereint so viele Funktionen auf vergleichsweise so kleinem Raum. Die Innere Stadt nutzt die urbanen Ressourcen auf komplexe Weise gemeinsam und sehr effektiv. Es kommt darauf an auch das staatliche/politische Handeln auf diese Komplexität einzustellen.

C) Die Innere Stadt macht Arbeit und hier wird viel unternommen.

Hier konzentrieren sich Arbeit, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen, die die Stadt prägen und die von der Stadt geprägt wurden. Hier gibt es gute Arbeit für Viele, aber auch schlecht bezahlte Arbeit, hier konzentriert sich Know-how, Wissenschaft, Kultur und Bildung. Von hier aus lassen sich die Kräfte mobilisieren, die Innovation und Entwicklung hervorbringen. Die Innere Stadt hat nicht nur die Unternehmen und Institutionen, auch die Bürgerinnen und Bürger, die Milieus, die Kreativen, die „Startups“, die Kooperationen, die Kompetenzen, die Vorbilder, deren Ideen und Vorstellungen für die Entwicklung der Stadt unverzichtbar sind. Hier sind die merkantile Kompetenz der Stadt, die Kapitalkraft und die internationalen Vernetzungen konzentriert. Ein Viertel der bremischen Wirtschaftskraft findet sich hier und das Finanzressort kassiert hier einen großen Anteil der Bremer Steuern.

Diese ökonomische Welt ist sehr differenziert. Sie reicht vom Putz Job im Solarium und der Garküche bis zur Konzernzentrale, vom Warenhaus bis zum Industriebetrieb, von der Rechtsanwaltskanzlei bis zu den großen Verwaltungen der Banken, Versicherungen und Behörden. In diesem Stück Stadt sind ca. 6000 Unternehmen aktiv. Wir sagen gerne: Arbeit bedeutet Einkommen und Teilhabe und ist die Basis des sozialen Zusammenhalts. Die Innenstadt trägt in Bremen viel dazu bei, die Stadt zusammenzuhalten. Die statistischen Daten sind beeindruckend. Sie zeigen uns, in der erweiterten Mitte (Altstadt, Bahnhofsvorstadt, Ostertor und alte Neustadt) sind ca. 80 000 Bürgerinnen und Bürger erwerbstätig. Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze liegt bei knapp 70% der Erwerbstätigen mit abnehmender Tendenz. Eine wachsende Zahl von Bremerinnen und Bremern schlägt sich auch in der Inneren Stadt mit prekären Arbeitsverhältnissen, Minijobs, Selbstständigkeit mit endlosen Arbeitstagen und unsicherem Einkommen durch.

Betrachtet man die Entwicklung der Art und Zahl der Arbeitsplätze über einen längeren Zeitraum, so kann man den Strukturwandel der Büroarbeit und des Handels und die Deregulierung des Arbeitsmarktes beobachten. Das Wachstum hat sich in den letzten 20 Jahren nicht auf die Innenstadt konzentriert. Der Handel wächst an der Peripherie und an den Autobahnstandorten. Die neuen Büroarbeitsplätze sind in der Airport City, im Technologie Park und in der Überseestadt entstanden. Öffentlichkeit und Politik müssen sich der Frage stellen, mit welchen Konzepten auf diesen Strukturwandel reagiert werden soll und wie die Chancen der Bürgerinnen und Bürger auf Auskommen und Einkommen verbessert werden können (Mindestlohn, Tariftreue, Abbau bürokratischer Hemmnisse für Unternehmensgründungen, Überarbeitung der Bebauungspläne, Beratung und Förderung, Unterstützung durch Räume und Refugien, wie dem Güterbahnhof usw.).

D) Im Umkreis der Innenstadt wohnen 40 bis 50 Tsd. Menschen und wenn man genau hinschaut, ist das ein Querschnitt durch alle Schichten unserer Stadtgesellschaft. Die Wohngebiete bilden kleine Quartiere, die von der sie umgebenden Stadt zum Teil scharf getrennt sind. Einige Quartiere können die zentralen Funktionen des Zentrums nutzen, so

z.B. die östliche Bahnhofsvorstadt, der Schnoor und das Ostertor. Andere sind mehr oder weniger auf sich selbst bezogen, wie der Stadtwerder, der Teerhof, das westliche Stephaniviertel, das Doventor oder die Alte Neustadt. Sieht man sich an, wer neu in die Innere Stadt zieht, so zeigt sich wie bei den Arbeitsplätzen ein gespaltenes Bild. In die Geschoßwohnungsbauten aus den 50er und 60er Jahren an den lauten Hauptverkehrswegen ziehen Zuwanderer der neusten Generation. Sie machen in der Bahnhofsvorstadt bereits fast 40% der Bevölkerung aus. Sie organisieren sich mangels anderer Möglichkeiten ihre eigene Ökonomie. Ihre Geschäfte, Wirtshäuser und Gebetsräume beginnen den Stadtraum zu prägen. Es fällt auf, dass es bis heute vergleichsweise wenige Kinder in der Bahnhofsvorstadt gibt; doch das dürfte sich sehr bald ändern. Auch das Eigentum an den Immobilien gerät verstärkt in die Hände anonymer Fonds ohne Bezug auf die Stadt. Gleichzeitig gibt es auch in besser betuchten Kreisen seit ein paar Jahren eine wachsende Nachfrage nach innerstädtischem Wohnen. Die Bauherren und Investoren fordern neue Angebote und Standorte. An der Contrescarpe nördlich der Wallanlagen, am Weserufer auf dem Stadtwerder und im Stephaniviertel sind sehr erfolgreiche Projekte gestartet worden. Das innerstädtische Wohnen wird also von zwei Polen aus geprägt. Im Fokus der Öffentlichkeit stehen die Neubauten an den guten Adressen. Die Ortspolitik ist aber davon überzeugt, dass die anderen Veränderungen für die Zukunft der Inneren Stadt und der dort lebenden Menschen von mindestens der gleichen Bedeutung sind. Es wird darum gehen, die Bahnhofsvorstadt zu einem Ort zu machen, in dem mehr anständige Wohnungen, eine ordentliche Ausstattung mit Sozial- und Bildungseinrichtungen und mehr Raum für kleine kapitalschwache Unternehmen und ordentliche Arbeitentstehen.

E) Über die Innenstadt organisiert Bremen seine Mobilität

Die Innenstadt ist mit den 4 Brücken (inklusive Eisenbahnbrücke) über die Weser, den Ost-west-Achsen, dem Bahnhof und den Straßenbahnknoten, der Ort, über den Bremen seine Mobilität organisiert und die Stadtteile verbindet. Verglichen mit anderen Städten ist das auf das Zentrum bezogene Straßennetz enorm durchlässig für Kfz. Das gleiche gilt auch für die Durchquerbarkeit der Innenstadt. Nur ein Bruchteil des Verkehrs, der hier abgewickelt wird, ist direkt auf die Innere Stadt und ihre Funktionen orientiert. Der weitaus größere Teil durchquert die Innenstadt mit anderen Zielen. Wichtige Räume sind durch diese Infrastrukturen zerschnitten und beschädigt, insbesondere die Bahnhofsvorstadt durch den Breitenweg und die Eisenbahntrasse sowie die Verbindung nach Westen durch die B75 und das Oldenburger Gleis. Dafür zahlt die Innenstadt einen hohen Preis und hier liegt eine der entscheidenden Ursachen für ihre Schwäche auf vielen Feldern. Insbesondere der Radverkehr wird in der Inneren Stadt, trotz seiner großen zahlenmäßigen Bedeutung buchstäblich an den Rand gedrängt. Dieser Umstand ist in jeder Hinsicht kurzsichtig und kontraproduktiv, behindert er doch genau den Teil der innerstädtischen Mobilität, der am einfachsten stadtverträglich organisiert werden kann. Aber – auch das liegt auf der Hand – der Rückgang der Arbeitsplätze, der Ausbau des ÖPNV, das Wachstum des nicht integrierten Einzelhandels an der Peripherie und die Veränderung des Siedlungsmusters in der Region haben dazu geführt, dass heute weniger Kfz in Richtung Innenstadt fahren, als dies noch vor 20 Jahren der Fall war. Und es ist absehbar, dass sich dieser Trend noch verstärken wird, weil sich das Mobilitätsverhalten eines wachsenden Anteils der Bevölkerung ändert. Der Spielraum für eine Entlastung des Zentrums von der Rolle als zentraler Verteilstelle des Bremischen Verkehrs wird weiter wachsen.

Im Folgenden eine Liste von Projekten und Themen, die der Beirat Mitte für besonders wichtig hält auch deshalb, weil sie teilweise politisch oder fachlich umstritten sind:

1. Im Jahre 2050 soll die Umstellung der Energieversorgung der Bundesrepublik auf erneuerbare Energie abgeschlossen sein. Die Gebäudetechnologie und das Verkehrs- und Transportsystem dürften dabei die für die Innenstadt entscheidenden Aspekte sein. Gleichzeitig wird der Klimawandel zu spürbaren Veränderungen des Alltags in unseren Städten führen. Das reicht von der Bewältigung von Starkregen-Ereignissen über die

Aufheizung des Stadtsystems im Sommer, die Anforderungen an die Klimatisierung der Gebäude, die Folgen für die Vegetation bis zum Deichbau. Der Beirat spricht sich dafür aus, diese Fragen systematisch für den Bereich der Inneren Stadt zu untersuchen und auf allen zugänglichen Handlungsfeldern darauf zu reagieren. Wenigstens diese Aufgabe sollte im Innenstadtkonzept beschrieben werden.

2. Der Beirat sieht einen engen Zusammenhang zwischen dem geplanten neuen Einzelhandelsschwerpunkt am Ansgaritor und der städtebaulichen Neuordnung dieses Bereichs. Die Bürgermeister-Smidt-Straße führt den Verkehr in erster Linie durch die Innenstadt hindurch. Der Eingang in die Innenstadt und das Stephaniviertel in diesem Raum ist aber vergleichsweise schwach. Der Beirat vertritt deshalb die Auffassung, dass die Ansiedlung neuer großer Einzelhandelseinheiten an dieser Stelle unbedingt mit der Lösung dieses Problems verknüpft werden muss. Die Hochstraße über die AOK Kreuzung sollte abgerissen werden, das Ansgaritor muss ein starker Eingang in die City werden, das Parkhaus sollte von der Bürgermeister-Smidt-Straße über die Wandschneiderstraße erschlossen werden. Die Trennwirkung der Brillkreuzung zwischen Hutfilterstraße und Stephaniviertel muss reduziert werden. Bremen muss seine starke Position als zukünftiger Eigentümer der Grundstücke nutzen, um die städtebaulichen Ziele, die zwischen der Wirtschaftsdeputation, der Baudeputation und dem Beirat vereinbart wurden durchzusetzen.

3. Es ist ein Fortschritt, den wohl kaum noch jemand bestreitet, dass das Parkhaus Mitte, die Katharina und das Parkhaus in der Violenstraße an der falschen Stelle liegen. Nicht zuletzt die CDU hat mit ihrem Konzept Bewegung in die festgefahrene Debatte über die Organisation des Parkens in der City gebracht. Es ist weitgehender Konsens, dass die Parkhäuser an dieser Stelle die Entwicklung des Einzelhandels und eines angemessenen Systems von Fußgängerzonen und „Shared Space“ Bereichen blockieren und erschweren. Diesen Vorstoß sollte das Innenstadtkonzept aufgreifen und einen Vorschlag für die mittelfristige Neuordnung des Parkens entwickeln. Auch hier ist absehbar, dass die modernen Navigationssysteme eine sehr viel bessere Ausnutzung der knappen räumlichen Möglichkeiten des Altstadtkerns erlauben.

4. Alle Bebauungspläne, die das **Wohnen in den Obergeschossen der Innenstadt** verbieten, sollten jetzt geändert werden. Die Bauordnung sollte unter dem Gesichtspunkt überprüft werden, wie die Nachnutzung von Bürogebäuden für Wohnen erleichtert werden kann. Für größere Wohnneubauten sollte über das Instrument des Bebauungsplans eine Verpflichtung zur Schaffung von förderfähigem Wohnräume festgelegt werden, Viele nach dem Krieg errichtete Wohnquartiere erleben zurzeit einen Generations- und Bevölkerungsumbruch. Die Stadt muss klären, ob und – wenn ja – mit welchen Instrumenten sie in diesen Strukturwandel eingreifen will. Es sind analog zu den „Win-Gebieten“ geeignete Instrumente zu schaffen, um Wohnquartiere mit besonderem Förderbedarf zu stabilisieren. Es ist dringlich den Lärmschutz für die Wohngebiete an der Bahn und am Hochstraßensystem substantiell zu verbessern.

5. **Barrierefreiheit** ist eine zentrale räumliche Voraussetzung für die alltägliche Teilhabe einer stetig wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern am Leben in der Inneren Stadt. Dieser Beitrag zur Inklusion ist die richtige Antwort auf den demografischen Wandel. Öffentliche Sitzgelegenheiten gehören dazu, Toiletten und Orte ohne Kaufzwang mit guter Aufenthaltsqualität. Auch aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen ist die Innere Stadt vielfach ein öder Ort. Die Domsheide ist nach wie vor ein besonders krasses Beispiel für eine missglückte Gestaltung.

Der Beirat schlägt vor, dass analog zur Stellplatzabgabe, eine Abgabe für den Bau öffentlicher Toiletten von allen Bauherren erhoben wird, die aus technischen Gründen ihre Geschäftsräume nicht mit Barriere freien Toiletten ausstatten können.

Die Bahnhofsvorstadt zwischen Nordwestknoten, Schienenstrang und Bahnhof, Rembertikreisel und Wallanlagen ist der Teil der City, der sich in der nächsten Dekade am stärksten verändern muss, wenn die Innenstadt als Ganzes Erfolg haben will.

6. Seit langem spricht sich die Ortpolitik dafür aus, den **Rembertikreisel und die Eduard Grunow Straße** verkehrlich neu zu organisieren und die frei werdenden Flächen mit Wohn- und Geschäftshäusern zu bebauen. Verkehrstechnisch ist das unbestritten auch mit den augenblicklichen Kfz-Mengen machbar. Städtebaulich wäre es ein großer Gewinn endlich das Rembertiviertel und das Ostertor wieder zusammen zu führen und mit der Reparatur des in den 70iger Jahren zerstörten Stadtraums zu beginnen und auch die abgerissenen kleinen Straßen wieder zu vernetzen (Auf-den-Häfen, Fedelhöfen, Bohnenstraße usw.). Das Projekt ist aber bisher blockiert, weil aus Gründen der Schadstoffbelastung (Feinstaub / Stickoxyde) eine geschlossene Bebauung der Straßenkanten problematisch ist. Die Luftschadstoffe erfordern eine gute Durchlüftung. Städtebaulich kann sich aber die neue Randbebauung gegen die Beeinträchtigung durch die stark befahrene Straße nur behaupten, wenn es gelingt, gut geschützte Innenbereiche zu bilden, aus denen Lärm und Dreck herausgehalten werden. Dieser Konflikt zwischen den verschiedenen Interessen und Rechten muss in der nächsten Legislaturperiode bearbeitet und gelöst werden.

7. Die Hochstraße über dem Breitenweg beschädigt und blockiert die Entwicklung der Bahnhofsvorstadt. Sie wird zwar wahrscheinlich nicht im Zeitfenster dieses Innenstadtkonzepts abgerissen werden, aber in diesem Zeitfenster müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sie endlich abgerissen werden kann. Der Abriss der Hochstraße ist die entscheidende Maßnahme, um den Niedergang der Bahnhofsvorstadt aufzuhalten und daraus wieder einen vitalen Standort für Wohnen und Gewerbe zu machen. Dafür müssen ca. 15 Tsd. Kfz von dieser Achse verschwinden. Ein Teil kann durch den ÖPNV ersetzt werden, ein Teil durch die S-Bahn, ein Teil durch den Autobahnring, ein Teil durch das Rad. Ein bisschen Verkehr wird auf den Osterdeich, die Parkallee und die Westerstraße ausweichen. Im VEP müssen diese Aufgabe und ihre Lösung, der Zeit und Maßnahmenplan und schließlich die Evaluierung formuliert werden. Die Verkehrsmanagement-Zentrale könnten kapazitätsabhängige Routenempfehlungen für die Navigationsgeräte entwickeln und darüber Verträge mit den Anbietern dieser Geräte abschließen. Der Beirat hält es für dringlich, einen Entwurf für einen städtischen Boulevard, der die Hochstraße ersetzen soll, in Auftrag zu geben.

8. Wie kommt man in Bremen an, wenn man in Danzig in den Bus steigt? Der ZOB ist unwirtlich und gefährlich, es gibt kein Klo, keine Dusche, keinen Warteraum. Die Ortpolitik fordert zusammen mit der Seniorenvertretung den Neubau eines ZOB hinter dem Überseemuseum und in einem ersten Schritt die Sicherung der dafür erforderlichen Flächen.

9. Die Umbrüche, Abbrüche und Aufbrüche, die der Strukturwandel in der Bahnhofsvorstadt anrichtet, sind besonders auffällig **in der Welt zwischen Bundeswehrhochhaus, der Randbebauung zwischen dem Breitenweg und den Gleisen, dem Güterbahnhof und der Plantage auf der Findorffer Seite.** Die Eisenbahninfrastruktur und die vom Kfz beherrschte Welt am Breitenweg hat gewissermaßen eine Zwischen-Welt“ geschaffen, die die Verbindung zwischen Findorff und der City besetzt und prägt. Wir glauben nicht mehr an die Möglichkeit hier mit einer großen Neuordnung dieser Flächen auf Staatskosten eine Strategie der Cityerweiterung zu betreiben. Stattdessen hält die Ortpolitik es für richtig, sehr aufmerksam mit den Akteuren, die diese Räume zu prägen beginnen, zu kooperieren. Die vertragliche Absicherung des Kunstrefugiums auf dem Güterbahnhof hat einen wunderbaren Boom von Ateliers und Produktionsstätten ausgelöst. Was wird demnächst aus dem „Papageienhaus“ und dem Versorgungsamt und welche Zukunft hat das Bundeswehrhochhaus (vgl. gemeinsamer Beschluss des Beirats Mitte und des Beirats Findorff zu dieser Sache)?

10. An der Entwicklung des Güterbahnhofs kann man erkennen, dass der Hebel für die Entwicklung städtischer Räume keineswegs immer bei teuren baulichen Maßnahmen liegt, sondern dass es gelegentlich viel mehr darauf ankommt, **Spielraum für die urbanen Akteure zu schaffen**. Dieser Strategie ist noch wenig ausgearbeitet und nur in Ansätzen erprobt. Nach unserer Auffassung ist sie aber eine unerlässliche Ergänzung zu der klassischen Strategie der geordneten städtischen Entwicklung mit ihrer Fixierung auf staatliche Planung und große private Investitionen. Wir plädieren dafür in diesem Zusammenhang dem Autofreien Sonntag, der Breminale, dem Musikfest, der temporären Gebäudenutzung, dem „Urban Gardening“, der Flohmarkt- und Garagenökonomie usw. mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Und schließlich – am Rande des Breitenwegs stehen viele Gotteshäuser und Gebetsstuben unterschiedlicher Religionsgemeinschaften. Was also aus der Perspektive der City eine Restgröße ist, ist für die jeweiligen Gemeinden der Mittelpunkt ihres religiösen Lebens.

Beschluss der Ortpolitik zu den Chancen und Mängeln des innerstädtischen Verkehrssystems

Die Innenstadt organisiert Mobilität für die ganze Stadt. Das Stadtzentrum ist auch Zentrum der Verkehrswege und Ströme. Auch darin bildet sich Zentralität ab. Sie ist also Zielraum, Durchgangsraum und Schnittstelle zwischen den Verkehrsarten. Zum Zentrum orientieren sich die Zulaufachsen und hier befinden sich die großen Verteiler. Das verknüpft die Innenstadt mit einem großen Einzugsbereich. So wie die Sache aber zurzeit organisiert ist, zahlen die Innenstadt und die benachbarten Stadtteile dafür einen hohen und wachsenden Preis. Wichtige Wachstumsmöglichkeiten sind abgeschnitten, ganze Stadträume sind blockiert. Deshalb ist es höchste Zeit, Mobilität anders und stadtverträglicher zu organisieren. Dabei geht es nicht darum die zentralen Funktionen zu schwächen, sondern darum sie zu stärken, in dem die Innenstadt besser in die umliegenden Stadtteile integriert wird. Der VEP muss sich dieser Aufgabe stellen, in dem er die dafür nötigen Teilziele, Schritte und Instrumente beschreibt.

Wer über die Zukunft der Mobilität nachdenkt, muss sich für die erweiterte Innenstadt interessieren. Hier sind die Mängel und der Problemdruck groß, aber auch die Chancen und Hebel. Der demografische Wandel, die Ausdifferenzierung der Lebensstile, der Druck der steigenden Spritpreise und nicht zuletzt die dringenden Konsequenzen aus dem Klimawandel verlangen von jeder Stadt ihr Verkehrssystem einer gründlichen Revision zu unterziehen. Es gibt mittlerweile gute Chancen, den alten (politischen) Konflikten und Fronten in dieser Frage die Energie zu entziehen und sich um konkrete zukunftsweisende Lösungen zu kümmern. Selbstverständlich ist die Erreichbarkeit der Innenstadt aus einem großen Einzugsgebiet mit dem KFZ, der Bahn und dem ÖPNV von vitaler Bedeutung für die City. Daran muss Bremen auch in Zukunft weiter arbeiten. Doch davon soll hier nicht die Rede sein.

Aus der Sicht der Beiräte ist es überfällig, dem **Thema Nahmobilität (Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV)** und dem Thema **kombinierte Verkehrsmittelwahl** (Übergänge / Anschlüsse / Synchronisationen) für den Bereich der Inneren Stadt eine viel größere Aufmerksamkeit zu schenken. Alle diese Themen betreffen naturgemäß mehre Stadtteile und ihre Vertretungen. Die Beratungen und Debatten müssen zusammengeführt werden. Die gemeinsame Sitzung der drei Beiräte ist dafür ein Anfang.

Die Nahmobilität

In der Nachbarschaft der Innenstadt (im Abstand von 5 bis 7 Km vom Roland) leben fast 150 Tsd. Menschen, für die die Innenstadt und die benachbarten Stadtteilzentren mit ihren Angeboten und Funktionen ein Teil ihres Alltags ist. Deshalb ist die Nahmobilität (Radverkehr, Fußverkehr, ÖPNV) in der Innenstadt und in den umliegenden Stadtteilen und vor allem zwischen diesen Stadträumen ein Schlüssel für die Entwicklungsfähigkeit der Inneren Stadt. Diese Form der Mobilität bringt die Menschen in und durch den Stadtraum, ohne ihn zu beschädigen, weil dadurch die Ziele (Wohnen, Einkaufen, Freizeit) erschlossen und Adressen und Lagen gebildet werden können, ohne die

Stadträume mit raumgreifenden Infrastrukturen zu überfordern. Der Typus „Stadtgebrauch im Alltag“ ist ein ganz anderer, als der Stadtgebrauch bei Tagestouristen oder Gelegenheitsbesuchern aus größerer Entfernung. Wir glauben, erst der Alltagsgebrauch bringt Urbanität – also Vielfalt, Eigensinn, Überraschung und kleinräumige Dynamik hervor. Und Urbanität ist das, was die Innere Stadt von den Parkplätzen mit Einkaufsgelegenheit am Autobahnkreuz in Oyten und Stuhr unterscheidet. Es ist also auch ein starkes Motiv, womit Bremen seine Bedeutung in der Region begründen kann. Wer will, dass die Innenstadt attraktiv für die Region ist, muss sich (auch) dafür interessieren, was die Innenstadt für die 150 000 Bremerinnen und Bremer in ihrer Nachbarschaft bedeuten könnte.

Die City, wie wir sie kennen, ist abgeschnitten nach Westen durch die Oldenburger Bahn und die B6, nach Norden durch die Eisenbahntrasse und nach Süden Richtung Neustadt durch die Weser. Darüber hinaus ist die Bahnhofsvorstadt schwer beeinträchtigt durch die Hochstraße am Breitenweg. Diese Trennungen zu beseitigen, zu unterlaufen, zu perforieren und zu überbrücken ist für die Entwicklung entscheidend. Das ist natürlich nicht nur eine Frage des Verkehrs. Aber es sollte ein systematisches Thema auch des VEP werden.

Wir sollten die Voraussetzungen für eine kombinierte Verkehrsmittelwahl verbessern

Das richtige Verkehrsmittel für den richtigen Zweck. Hier könnte viel mehr Wahlfreiheit herrschen. Wichtig dafür: gut gepflegte Schnittstellen, also bequeme und schnelle Übergabepunkte vom Rad auf den ÖPNV, vom PKW auf den Zug oder die Straßenbahn, gut erreichbare Haltestellen und Parkplätze etc. Die Qualität dieser Verknüpfungsmöglichkeiten ist ein entscheidender Beitrag zu einer stadtverträglichen Mobilität.

Dabei ist der Bahnhof ein neuralgischer Punkt. Trotz aller Tüftelei der vergangenen Jahre, liegt hier noch einiges im Argen. Der Busbahnhof für die Fernlinien funktioniert nicht. Die Schnittstelle PKW - Bahn auf der Nordseite ist schwach. Die Schnittstelle zwischen Radverkehr und Bahn ist trotz Radstation verbesserungsfähig. Die Umgebung des Bahnhofs ist unwirtlich. Die Kreuzungen und Zufahrtswege sind unübersichtlich und gefährlich.

Für die optimale Kombination der verschiedenen Verkehrsmittel ist Car-Sharing und Fahrrad-Sharing ideal. Wäre die innere Stadt nicht das Feld, in dem davon viel mehr angeboten werden könnte? Für eine stetig wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern ist ein Lebens- und Mobilitätsstil attraktiv, der sich nicht mehr über das eigene Auto definiert. Das schafft Luft und Platz, wo er besonders knapp ist.

Über die neuen Verkehrsmanagementsysteme gestützt auf Navis und Smart-Phones wäre es endlich möglich in Echtzeit, - über die Beeinflussung und Steuerung der Verkehrsmittel- und Routenwahl, - stadträumlichen Interessen in den Verkehrsfluss einzubringen. Erreichbarkeit der innerstädtischen Ziele, Vermeidung von Suchverkehr und Durchgangsverkehr, Vermeidung unzulänglicher Schadstoffkonzentrationen, Vermeidung von Staus, kluge Führung der LKW-Verkehre usw.

Dass die Elektromobilität - inklusive Pedelecs und Lastenpedelecs - in einem absehbaren Zeitraum einen zentralen Beitrag zu einem stadtverträglichen Mobilitätskonzept leisten könnte, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Wenn Bremen diesen Innovationsschub nutzen will, muss es jetzt die Weichen stellen.

Die Verflechtung der Innere Stadt könnte auch durch neue intelligente Lösungen beim ÖPNV gefördert werden.

Beispiele für Blockaden und Zäsuren und erste Vorschläge für ihre Auflösung

Der Bahndamm zwischen der Bahnhofsvorstadt, Findorff und Schwachhausen hat eine starke Trennwirkung. Umso wichtiger sind die Tunnel und die darauf zulaufenden Straßen. Die Beiräte sehen einen großen Bedarf für jeden Tunnel eine maßgeschneiderte Antwort zu finden. Beim

Concordia Tunnel liegt das Problem eher bei der nachfolgenden Dobbenweg- Schleifmühlen Kreuzung. Beim Rembertitunnel liegt die Chance in einer auch für Fußgänger attraktiven Fahrradstraße Rembertistraße - Kennedy Platz- Bischoffsnadel. Beim Gustav Deetjuntunnel haben Fußgänger und Radfahrer viel zu wenig Platz. Bei Findorfftunnel ist das Problem die schiere Länge und die Anbindung an das innerstädtische Straßensystem.

Im Übrigen könnte man die Oberflächen der Tunnel gestalten, wie das ZB am Concordia Tunnel zur Freude der Bürgerinnen und Bürger gemacht wurde.

Wie können die Radfahrer (und Fußgänger) auf komfortablen und attraktiven Routen in die City und durch die City kommen? Untersucht man die Eingänge in den Stadtkern, so zeigen sich in alle Richtungen abgerissene Routen, Sackgassen und Fallen. Alle diese Routen sind gefährlich, störanfällig, öde oder mühsam. Das schädigt die so wertvolle Verknüpfung der Innenstadt mit den umliegenden Stadtteilen. Das tut den Stadtteilen und der Innenstadt nicht gut.

Am deutlichsten ist die Selbstblockade der Innenstadt durch die anachronistische Verkehrsorganisation an der Hochstraße Breitenweg, am Rembertikreisel und an der Eduard Grunow Straße. Die Immobilienbestände auf beiden Seiten dieses Straßenzugs sind längst in der Krise. Leerstand und Sanierungsstau machen sich breit. Potentiell wertvolle Grundstücke liegen seit Jahren brach. Bewohnern und Unternehmern wird in diesem Stadtraum zu viel an Dreck, Lärm und erbärmlichem öffentlichen Raum zugemutet. Die Hochstraße ist das zentrale Hindernis für eine gute Zukunft der Bahnhofsvorstadt. Wir erwarten vom VEP einen Plan dafür, wie sich das ändern lässt. Wenn wir den Breitenweg zu einem Boulevard machen und den Rembertikreisel bebauen, wie viel KFZ können dann dort noch unter vernünftigen Bedingungen über die drei Kreuzungen (Herdentor, Bahnhofstraße, Bürgermeister Smidt Straße) abgewickelt werden? Das ist der Maßstab für die Bemessung. Welche Routen und welche Verkehrsmittel kann die Stadt als Alternativen anbieten? Wann stehen diese Alternativen bereit? Wie sehen die Schritte zu diesem Ziel aus? Woher kommen die Programme und Mittel, damit das auch stattfindet? Wie können wir die Fortschritte auf diesem Weg messen und überprüfen? (*)

Die Weser trennt, verbindet und schmückt die Neustadt und die Innenstadt. Fähren, Linienschiffsverkehr zwischen Bremen Nord und der City und die Qualität der Brücken sind hier das Thema, wenn es um die Verbesserung der Verknüpfung der Stadtteile geht.

Die Quartiere an den Gleistrassen und der Bahnhof selbst müssen vor dem Lärm der Güterzüge geschützt werden. Gerade nach dem jüngsten Unfall sind die Forderungen nach Geschwindigkeitsreduktion, rascherer Umrüstung auf bessere Waggons und Umleitungsstrecken um die Ballungszentren berechtigter denn je. Würde der Güterverkehr umgeleitet und aus den Strecken in der Mitte der Stadt herausgenommen, entstünde gleichzeitig Kapazität für den Aufbau eines S Bahnsystems, für das Zurzeit noch der Platz fehlt.

Auch im System der Nahmobilität gibt es Konflikte. Die Klagen der Fußgänger über Radfahrer auf den Gehwegen sind zahlreich und meistens berechtigt. Dieser Konflikt kann nur gelöst werden, wenn sicherer Platz für den Radverkehr auf der Straße geschaffen wird.

(*) In diesem Zusammenhang sollte auch die Idee diskutiert werden aus der Hochstraße nach dem Vorbild von New York, eine begrünte Fußgänger Passage zu machen.

Beiratsarbeit der vergangenen Jahre zu Verkehrsthemen

- Neuer Busbahnhof hinter dem Überseemuseum
- Verknüpfung der Hutfilterstraße und der Martinistraße mit dem Stephaniquartier – Reduktion der Spuren. Die Brillkreuzung soll weniger Kreuzung und mehr Stadtplatz sein.
- AOK Kreuzung: Hochstraße abreißen. Cityeingang Ansgaritor
- Bürgermeister Smidt Straße. Radfahrer auf die Straße, Fußweg breiter
- Martinistraße: Eine Spur zu viel- Querbarkeit-

- Domsheide / Balgebrückstraße: Haltestellenorganisation, Barrierefreiheit, Radverkehr durch Dechanatsstraße - Wachtstraße und Buchtstraße - Violenstraße
- Violenstraße: Blockade durch ÖPNV Trasse-
- Violenstraße -Schüsselkorb Fußgänger und Radfahrerquerung aus der Bischofsnadel
- Bahnhofsstraße: Shared Space
- Breitenweg tiefer legen, Rembertikreisel bebauen
- Bismarckstraße, Schwachhauser Heerstraße, Kreuzung Schleifmühle/Dobbenweg Radfahrerfalle - Querungshilfe über die Bismarckstraße Höhe Herderstraße
- Tempolimits
- Osterdeich; Querungshilfen für Fußgänger und Radfahrer
- Nebenstraßen: Blockade der Gehwege, Rettungssicherheit, Car-Sharing ,Velo
- Routen in den Nebenstraßen mit glatten Oberflächen
- Beseitigung der Gefahren für Radfahrer im Straßenzug Vor dem Steintor / Ostertorsteinweg
- Begegnungszone im Straßenzug V.D. Steintor Ostertorsteinweg
- Durchgehende Radroute von Hastedt, über das neue Hulsbergviertel, die Humboldtstraße und den Breitenweg bis zum Herdentor
- Tempo 30 am Schwarzen Meer und Verbesserung der Situation für Radfahrer und Fußgänger
- Neugestaltung des Platzes an der Kreuzung Lüneburger Straße Steintor

Die vorstehende Stellungnahme haben die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt am 27.02.2013 im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Verkehrsentwicklungsplan 2025 einstimmig beschlossen.

TOP -J

Die Grundsteinlegung für den Neubau der Landesbank wird am 9.1.2014 stattfinden. Aus jeder Fraktion wird ein/e Vertreter/in teilnehmen.

Einrichtung von Stellplätzen auf dem Grundstück Heinrichstraße 11 - Zuwegung zum Spielplatz Vasmerstraße

Die Stellungnahme des Beirats wird im E-Mail-Umlaufverfahren abgeklärt.

Vorsitz

Sprecher

Protokoll

Bücking

Dr. Rüppel

Freudenberg